

Vereinssatzung
(Fassung vom 13.02.2015)

§ 1 Name, Sitz des Vereins

- (1) Der Name des Vereins ist „Deutsch-Polnischer Bürgerverein für Frankfurt (Oder) & Słubice“.
- (2) Der Sitz des Vereins ist Frankfurt (Oder).
- (3) Der Verein wird in das deutsche Vereinsregister eingetragen.
- (4) Schrift- und Kommunikationssprachen des Vereins sind Deutsch und Polnisch.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Zweck des Vereins ist die Förderung des bürgerschaftlichen und grenzüberschreitenden Engagements zugunsten der Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und insbesondere des deutsch-polnischen Völkerverständigungsgedankens in Frankfurt (Oder) & Słubice.
- (3) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
 1. Die Realisierung vereinseigener deutsch-polnischer Projekte, Veranstaltungen oder Unternehmungen, die den Einwohnerinnen und Einwohnern von Frankfurt (Oder) und Słubice zu Gute kommen und die im weitesten Sinne der Völkerverständigung und Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen dienen. Kennzeichen und Voraussetzung aller eigenen Vereinsvorhaben ist, dass sie der Begegnung von Deutschen und Polen sowie dem Austausch und der Verbreitung von Informationen über beide Länder dienen. Nicht erforderlich ist, dass die Vorhaben in räumlicher Hinsicht auf beiden Seiten der Oder realisiert werden.
Zu den vereinseigenen Vorhaben in diesem Sinne gehört insbesondere das Hinwirken auf die Errichtung einer bilingualen deutsch-polnischen Grundschule für Kinder aus beiden Staaten, sei es in Trägerschaft des Vereins oder durch finanzielle und konzeptionelle Unterstützung einer durch Dritte zu gründenden und betriebenen Schule.
 2. Durch die Beschaffung und Weitergabe von Mitteln aus Beiträgen und Spenden an andere steuerbegünstigte Körperschaften, die die unter Absatz 3 Nummer 1 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen.
 3. Durch das Einwerben von Mitteln sowie Spenden der Vereinsmitglieder und dritter Personen für die Verwirklichung der unter Absatz 3 Nummer 1 und 2 aufgeführten Vereinszwecke.
 4. Regelmäßige Bürgertreffen, die nicht nur den Vereinsmitgliedern offen stehen, sondern allen Menschen, welche die Zwecke des Vereins teilen.

Die Bürgertreffen dienen dem Austausch von Erfahrungen, Ideen, der Diskussion, der Vorstellung anderer grenzüberschreitend tätiger Initiativen, Vereine, Stiftungen etc. sowie der Entwicklung neuer Projektideen im Sinne von Absatz 3 Nummer 1.

§ 3 Selbstlosigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Vereinsmitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (3) Nach § 55 Nummer 5 AO müssen die Mittel des Vereins spätestens in den auf den Zufluss folgenden zwei Kalenderjahren für die steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. § 62 AO betr. Rücklagen und Vermögensbildung bleibt davon jedoch unberührt.

§ 4 Mitglieder

- (1) Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden, welche die Ziele des Vereins unterstützen.
- (2) Jedes Mitglied hat einen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Die Höhe und Fälligkeit des Beitrages richtet sich nach der Beitragssatzung des Vereins, welche durch die Mitgliederversammlung zu beschließen ist.
- (3) Der Verein hat die folgenden Mitglieder:
 - ordentliche Mitglieder,
 - jugendliche Mitglieder, sofern die Erziehungsberechtigten der Mitgliedschaft zustimmen.
- (4) Der schriftliche Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft ist an den Vorstand zu richten, welcher über die Aufnahme entscheidet. Eine Ablehnung muss nicht begründet werden.
- (5) Die Mitgliedschaft endet durch
 - Austritt des Mitgliedes,
 - Ausschluss des Mitgliedes oder
 - Tod des Mitgliedes.
- (6) Der Austritt kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen und muss spätestens bis zum 30. September eines jeden Jahres schriftlich dem Vorstand gegenüber mitgeteilt werden.
- (7) Der Ausschluss des Mitgliedes kann durch den Vorstand beschlossen werden, wenn
 - das Mitglied gegen die Interessen des Vereins grob verstoßen hat oder
 - mit mehr als zwei monatlichen Mitgliedsbeiträgen in Verzug ist und trotz Mahnung nicht gezahlt hat.

Vor dem Beschluss ist das betroffene Mitglied anzuhören. Hierfür setzt ihm der Vorstand eine angemessene Frist.

- (8) Gegen den Beschluss auf Ausschluss kann das Mitglied bei der nächsten Mitgliederversammlung Beschwerde einlegen.

§ 5 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Daneben kann der Verein durch Beschluss der Mitgliederversammlung einen Förderausschuss und bei Bedarf auch weitere Gremien einsetzen und Personen (etwa Kassenprüfer) berufen.

§ 6 Vorstand

- (1) Der Vorstand i. S. d. § 26 BGB besteht aus dem/der Vorsitzenden, dem/ der stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schriftführer/ der Schriftführerin und dem Kassenwart/der Kassenwärtin.

Die Mitgliederversammlung kann beschließen, weitere Vorstandsmitglieder zu wählen und welche Aufgaben ihnen zukommen.

- (2) Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes gerichtlich und außergerichtlich vertreten, von denen eines der/ die Vorsitzende oder der/ die stellvertretende Vorsitzende sein muss.

- (3) Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Jahr gewählt.

Die Mitglieder des Vorstandes bleiben so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt worden ist.

- (4) Der Vorstand ist für alle Vereinsangelegenheiten zuständig, die nicht durch Satzung oder Gesetz ausdrücklich der Mitgliederversammlung zugewiesen sind. Er übt seine Zuständigkeit ehrenamtlich aus. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist einmal halbjährlich durch den Vorstand einzuberufen. Sie ist beschlussfähig, wenn die Anzahl aller anwesenden Mitglieder mindestens doppelt so groß ist, wie die satzungsmäßige Zahl der Vorstandsmitglieder.

- (2) Zu der Mitgliederversammlung ist mit einer Frist von vier Wochen vor dem Termin per E-Mail oder per Post unter Angabe der Tagesordnung einzuladen.

Die Tagesordnung hat jegliche Projektanträge im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 2 samt notwendiger Anlagen zu enthalten, über die auf der Mitgliederversammlung entschieden werden soll.

- (3) Jedes Mitglied kann bis zu 14 Tage vor der Mitgliederversammlung Anträge zur Tagesordnung stellen.
- (4) Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden oder dem/ der stellvertretenden Vorsitzenden geleitet. Sind beide verhindert, wählt die Mitgliederversammlung einen Versammlungsleiter/eine Versammlungsleiterin.
- (5) Die Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung in Vereinsangelegenheiten erstrecken sich auf alle in der Satzung ausdrücklich genannten und die gesetzlich vorgesehenen Fälle, insbesondere auf die Wahl und Entlastung des Vorstandes, die Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, den Erlass einer Beitragssatzung, einer Fördersatzung sowie sonstiger Satzungen und ihren Änderungen, Änderungen der Vereinssatzung, die Einrichtung von Ausschüssen, die Auflösung des Vereins und Entscheidungen über die Realisierung vereinseigener Projekte sowie – vorbehaltlich von Absatz 6 Satz 2 – über die finanzielle Förderung von Projekten Dritter.

- (6) Für die Förderung eines Projekts Dritter gemäß Antrag des Begünstigten ist eine einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Bei einer Vereinsmitgliederzahl, die die Zahl 40 übersteigt, wird die Entscheidung über die finanzielle Förderung von Projekten Dritter auf einen Förderausschuss übertragen. Die Übertragung kann auch bei einer darunter liegenden Mitgliederzahl erfolgen, wenn die Mitgliederversammlung dies beschließt.

Der Förderausschuss setzt sich zusammen aus Vereinsmitgliedern, die durch die Mitgliederversammlung gewählt werden und einem durch den Vorsitzenden des Vorstandes bestimmten Vorstandsmitglied. Die Anzahl der durch die Mitgliederversammlung gewählten Mitglieder muss dem zehnten Prozent der zum Wahltag bestehenden Vereinsmitgliederzahl entsprechen – soweit notwendig aufgerundet auf die nächsthöhere gerade Zahl –, darf insgesamt jedoch nicht die Zahl von 10 Mitgliedern überschreiten. Der Förderausschuss trifft seine Entscheidungen aufgrund einer Geschäftsordnung, die von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschlossen wird. Die erste Amtszeit aller Mitglieder des Förderausschusses endet mit der Neuwahl des Vorstandes, die auf die erstmalige Einsetzung des Ausschusses folgt. Alle weiteren Amtszeiten beginnen und enden mit den darauf folgenden Vorstandswahlen. Eine Wiederwahl der von der Mitgliederversammlung gewählten Mitglieder des Förderausschusses ist zulässig.

- (7) Soweit nicht anders in der Satzung bestimmt, ist für Beschlüsse der Mitgliederversammlung eine einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder ausreichend. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (8) Für eine Satzungsänderung sowie für eine Vereinsauflösung ist nach § 33 bzw. § 41 BGB jeweils eine dreiviertel Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.
- (9) Jeglichem Beschluss muss ein Antrag auf Abstimmung vorausgehen, welcher von jedem anwesenden Vereinsmitglied eingebracht werden kann. Über einen Beschlussantrag wird abgestimmt, wenn er von mindestens einem anderen anwesenden Mitglied unterstützt wird.
- (10) Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, welches die gefassten Beschlüsse wiedergibt. Das Protokoll ist durch den Schriftführer/ die Schriftführerin und den/ die jeweiligen Versammlungsleiter/ Versammlungsleiterin gegenzuzeichnen. Es ist in seiner Endfassung in deutscher und polnischer Sprache abzufassen, muss spätestens zwei Wochen nach dem Tag der Mitgliederversammlung vorliegen und ist dann den Mitgliedern zugänglich zu machen.
- (11) Die Mitgliederversammlung wird durchgängig deutsch-polnisch gedolmetscht, in der Regel konsekutiv. Hiervon kann nur durch einen einstimmigen Beschluss der anwesenden Mitglieder abgewichen werden.
- (12) Auf Vorschlag des Vorstandes beschließt die Mitgliederversammlung über eine Sitzordnung, die den Ablauf der Mitgliederversammlungen regelt, und über eine Wahlordnung, die das Wahlverfahren festlegt.

§ 8 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist durch den Vorstand einzuberufen, sofern dies im Interesse des Vereins erforderlich ist oder die Einberufung durch 1/3 der Mitglieder verlangt wird. In beiden Fällen sind jeweils der Zweck und die Gründe für die Einberufung anzugeben.

§ 9 Datenschutz

- (1) Im Rahmen der Mitgliederverwaltung werden von den Mitgliedern folgenden Daten erhoben, verarbeitet und gespeichert: Name, Vorname, E-Mail-Adresse und Postanschrift und ggf. Telefon.
- (2) Der Verein veröffentlicht Daten seiner Mitglieder auf der Homepage nur dann oder gibt Daten an Dritte weiter, wenn die Mitgliederversammlung einen entsprechenden Beschluss gefasst hat und dies nach den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zulässig ist oder das Mitglied ausdrücklich eingewilligt hat.

§ 10 Auflösung des Vereins

- (1) Das Verfahren für eine Auflösung des Vereins ist in § 7 Absatz 8 dieser Satzung geregelt.
- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins in Gänze an den Mittlere Oder e.V., deutscher Trägerverein der Euroregion Pro Europa Viadrina, welcher es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Ślubice, den 13. Februar 2015